

NIEDERSCHRIFT

über die **15.** Sitzung
des Sozial- und Gesundheitsausschusses
(XV. Wahlperiode)

öffentlicher Teil

Tag der Sitzung: **23.05.2013**
Ort der Sitzung: Kreishaus Grevenbroich
Kreissitzungssaal (1. Etage)
Auf der Schanze 4, 41515 Grevenbroich
(Tel. 02181/601-2171 und -2172)
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 20:45 Uhr
Den Vorsitz führte: Dr. Hans-Ulrich Klose

Sitzungsteilnehmer:

• CDU-Fraktion

1. Herr Dr. Gert Ammermann
2. Herr Karl-Heinz Ehms
3. Herr Hans-Josef Engels
4. Herr Prof. h.c. (BG) Dr. med. Klaus Goder ab 17.30 Uhr
5. Herr Gerhard Heyner bis 18.00 Uhr
6. Herr Thomas Jung
7. Herr Dr. Hans-Ulrich Klose
8. Frau Dr. Daniela Leyhausen von 17.00 Uhr bis 17.30 Uhr; ab 18.00 Uhr
9. Herr Werner Moritz
10. Herr Antonius Suppes
11. Frau Maria Widdekind
12. Frau Birte Wienands

• SPD-Fraktion

13. Herr Denis Arndt
14. Herr Udo Bartsch
15. Herr Udo Bernards
16. Frau Margot Dubbel
17. Herr Rainer Schmitz
18. Frau Gertrud Servos

• FDP-Fraktion

19. Herr Stephan Kees
20. Herr Dirk Rosellen
21. Herr Rudolf Wolf

• **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

22. Herr Manfred Haag
23. Herr Martin Kresse
24. Frau Angela Stein-Ulrich

• **Fraktion UWG Rhein-Kreis Neuss/Aktive Bürgergemeinschaft - Die Aktive**

25. Frau Karin Borrmann-Schulz
26. Herr Carsten Thiel

• **Unabhängige Linke Liste**

27. Herr Oliver Reising ab 17.15 Uhr bis 20.15 Uhr

• **beratende Mitglieder**

28. Herr Karl Boland
29. Herr Dr. Josef Merten

• **Verwaltung**

30. Frau Katharina Czudaj
31. Herr Dr. Michael Dörr
32. Frau Wendeline Gilles
33. Herr Siegfried Henkel
34. Frau Dr. Beate Klapdor-Volmar
35. Herr Dezernent Karsten Mankowsky
36. Herr Martin Meisel
37. Herr Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz
38. Frau Heike Stump

• **Schriftführerin**

39. Frau Birgit Rothe
40. Herr Marcus Mertens

INHALTSVERZEICHNIS

Punkt	Inhalt	Seite
1.	Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit.....	5
2.	Umsetzung des Sozialgesetzbuches Zweites Buch (SGB II) - Grundsicherung für Arbeitsuchende.....	5
2.1.	Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften Vorlage: 50/2516/XV/2013.....	5
2.2.	Aktueller Report Jobcenter Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 50/2517/XV/2013.....	5
2.3.	Aktuelle Arbeitsmarktprojekte Vorlage: 50/2538/XV/2013	5
3.	Befristete kommunale Stellen im Jobcenter des Rhein-Kreises Neuss - Antrag Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 28.02.2013 Vorlage: 50/2524/XV/2013	7
4.	Möglichkeiten der besseren Erreichbarkeit des Jobcenters Vorlage: 50/2520/XV/2013	8
4.1.	Bericht über die Sitzung der interfraktionellen Arbeitsgruppe vom 26.03.2013	9
4.2.	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.04.2013 und Antrag der Fraktion UWG/Die Aktive vom 08.05.2013	10
5.	Gemeinsame Pflege- und Gesundheitskonferenz Vorlage: 53/2530/XV/2013.....	10
6.	Kinder- und Jugendgesundheitsförderung im Rhein-Kreis Neuss - Sachstand und Ausblick Vorlage: IV/2534/XV/2013.....	10
7.	Bildungs- und Teilhabepaket einschließlich Schulsozialarbeit	11
7.1.	Sachstand zur Umsetzung Vorlage: 50/2521/XV/2013	11
7.2.	Vortrag der Projektleitung Schulsozialarbeit Vorlage: 50/2518/XV/2013.....	11
8.	Jungen in Soziale Berufe - Antrag der Fraktion der SPD vom 25.02.2013 Vorlage: 50/2540/XV/2013.....	12
9.	Entwicklung eines ganzheitlichen Konzeptes zur ambulanten Versorgung alter, kranker und/oder behinderter Menschen im Rhein-Kreis Neuss - Antrag der Fraktion der SPD vom 25.02.2013 Vorlage: 50/2541/XV/2013.....	12
10.	Mitteilungen	13
10.1.	Sachstand Kommunales Integrationszentrum / Integrationskonzept	13
10.2.	Stellungnahme der Wohnberatungsagentur Vorlage: 50/2542/XV/2013.....	13
10.3.	Sachstand Grundsicherungsrelevanter Mietspiegel Vorlage: 50/2515/XV/2013	13
11.	Anfragen	14

-
- 11.1. Situation auf den Wohnungsmärkten im Rhein-Kreis Neuss- Anfrage der SPD-
Kreistagsfraktion vom 06.02.2013 Vorlage: 50/2522/XV/2013 14
- 11.2. Kompetenzzentrum Frau und Beruf - Anfrage der Fraktion Bündnis 90 / Die
Grünen vom 19.03.2013 Vorlage: 50/2523/XV/2013 15
- 11.3. Anfrage der SPD Kreistagsfraktion zum Besuchsdienst für Senioren Vorlage:
50/2547/XV/2013 15
- 11.4. Anfrage der Fraktion der UWG/Die Aktive vom 12.05.2013
"Schwerbehindertenausweis im Checkkartenformat" Vorlage: 50/2569/XV/2013..... 15
- 11.5. Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.05.2013 "Bedarf für
Unterkunft" Vorlage: 50/2570/XV/2013..... 15

1. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Ausschussvorsitzender Dr. Klose begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäß erfolgte Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Er wies darauf hin, dass nach dem öffentlichen Teil noch ein nichtöffentlicher Teil aufgerufen werde, in dem die Verwaltung über die Situation des vermissten Bewohners einer Meerbuscher Pflegeeinrichtung sowie über die Vorkommnisse in einem Wohnhaus für Menschen mit Behinderung in Jüchen berichten werde.

2. Umsetzung des Sozialgesetzbuches Zweites Buch (SGB II) - Grundsi- cherung für Arbeitsuchende

2.1. Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften

Vorlage: 50/2516/XV/2013

Protokoll:

Allgemeiner Vertreter Steinmetz nahm Bezug auf die Vorlage und ergänzte, dass mit einer Überschreitung des Haushaltsansatz um rund 3,5 Mio. € zu rechnen sei, wenn die monatlichen Aufwendungen auf dem bis Mai erreichten Niveau bleiben würden.

2.2. Aktueller Report Jobcenter Rhein-Kreis Neuss

Vorlage: 50/2517/XV/2013

Protokoll:

Hierzu wurde nicht das Wort gewünscht.

2.3. Aktuelle Arbeitsmarktprojekte

Vorlage: 50/2538/XV/2013

Protokoll:

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßte Ausschussvorsitzender Dr. Klose die Ge-

schaftsführerin des Jobcenters, Frau Gilles.

Frau Gilles betonte, sie stelle die aktuellen Arbeitsmarktprojekte im Ausschuss gerne vor, obwohl dies in der Trägerversammlung bereits geschehen sei und auch das Arbeitsmarktprogramm Ende Juni endgültig in der Trägerversammlung beraten und verabschiedet werde. Das jährlich aufzustellende Programm spreche alle Zielgruppen an und berücksichtige die Auswertungen und Erfahrungen der Vorjahre. Mit dem Programm für das laufende Jahr wolle das Jobcenter die neuen arbeitsmarktlichen Instrumente dauerhaft etablieren und sich den Herausforderungen des Arbeitsmarktes, der durch einen steigenden Fachkräftengpass geprägt sei, stellen und entgegenwirken. Durch das 4-Phasen-Modell werde bezogen auf den einzelnen Kunden eine Stärkenorientierung bei der Auswahl des richtigen Arbeitsmarktprogramms angestrebt.

Für Qualifizierungsmaßnahmen seien in diesem Jahr 3 Mio. € vorgesehen, für Eingliederungsmaßnahmen 500.000,-€ und 350.000,-€ für zusätzliche Arbeitsgelegenheiten, wobei diese nur noch in Ausnahmefällen eingesetzt würden. Insgesamt seien rund 9 Mio. € für Arbeitsmarktprojekte eingeplant.

Abschließend teilte Frau Gilles mit, dass der Arbeitsmarkt aufgrund schlechter Witterungsverhältnisse verhalten in das Jahr gestartet sei. Dementsprechend seien die Integrationszahlen hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Die Umsetzung der Maßnahmen verlaufe planmäßig.

Kreistagsmitglied Servos dankte für den Vortrag und fragte nach, wie der Umgang mit Schnittstellen, z.B. bei Alleinerziehenden unter 25 Jahren, geregelt sei. Frau Gilles führte hierzu aus, es gebe hierzu interne Regelungen, in Zweifelsfällen würden über Fallbesprechungen und Entscheidungen im Einzelfall individuelle Lösungen erarbeitet, um die bestmögliche Betreuung sicherzustellen.

Auf Nachfrage von Kreistagsmitglied Widdekind erklärte Frau Gilles, dass Berufsrückkehrerinnen, die keine Leistungen beziehen, in den Zuständigkeitsbereich der Agentur für Arbeit fallen würden. Während der ersten Lebensphase nach der Geburt hätten Leistungsberechtigte nach dem SGB II die Freiheit, sich dem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stellen oder nicht (§ 1 SGB II). Hier würde über Maßnahmen im Vorfeld der Geburt bereits versucht, berufliche Perspektiven zu eröffnen und zu planen.

Kreistagsmitglied Haag bat darum, den Bericht der Niederschrift beizufügen und fragte an, wie sich die 2010 vorgenommene Kürzung bei den Arbeitsmarktprogrammen durch den Bund vor dem Hintergrund gleichgebliebener Zahlen bei den Leistungsbeziehern ausgewirkt habe. Frau Gilles führte aus, die Zahl der Bedarfsgemeinschaften sei in den letzten Jahren annähernd gleich geblieben und der Ansatz für das Eingliederungsbudget werde sukzessive auf den Stand von 2006 zurück gefahren. Außerdem habe die Instrumentenreform 2012 zu einer arbeitsmarktlichen Neuausrichtung geführt, die an die Rahmenbedingungen angepasst werden konnte. Letztlich führe der Fachkräftemangel auch zu einer stärkeren Fokussierung auf die Integration auf dem 1. Arbeitsmarkt. Es bleibe abzuwarten, wie die daraus resultierenden Bedarfe mit dem nun stabil prognostizierten Eingliederungsbudget bedient werden könnten.

Ausschussmitglied Dr. Merten bat um Auskunft zur Situation von Jugendlichen mit Behinderung auf dem Arbeitsmarkt. Frau Gilles wies darauf hin, dass neben den Integrationsfachkräften auch die Agentur für Arbeit diesen Personenkreis im Blick habe. Natürlich seien die Chancen für diesen Personenkreis umso geringer, je enger der Arbeitsmarkt sei, d.h. in den kommenden Jahren könnten die Chancen der benachteilig-

ten Jugendlichen steigen. Mit vereinten Kräften des Jobcenters und der Agentur gelte es deshalb diese Chancen optimal zu nutzen.

**3. Befristete kommunale Stellen im Jobcenter des Rhein-Kreises Neuss -
Antrag Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 28.02.2013
Vorlage: 50/2524/XV/2013**

Protokoll:

Zur Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen führte Kreistagsmitglied Haag aus, dass er dem Arbeitsmarktprogramm im Beirat nicht zugestimmt habe, da eine gute Personalentwicklung bei 50 v.H. befristeter Beschäftigten nicht möglich sei.

Allgemeiner Vertreter Steinmetz entgegnete, dass der Output ein wesentlicher Indikator für den Erfolg eines Unternehmens sei. Das Jobcenter erziele gute Ergebnisse. Der Kreis nehme die Verantwortung bezüglich seiner Mitarbeiter im Jobcenter sehr ernst, an die kreisangehörigen Kommunen könne er jedoch nur appellieren. Die Kommunen hätten in den letzten Jahren Personal aus dem Jobcenter zurückgezogen.

Kreistagsmitglied Servos würdigte die laufenden Bemühungen aller Beteiligten zum Abbau befristeter Stellen und bat darum, am Ende des Jahres nochmals entsprechende Zahlen vorgelegt zu bekommen.

Kreistagsmitglied Schmitz dankte der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für ihre Anfrage. Das Problem sei noch weitaus größer, da auch viele Stellen in der Agentur für Arbeit nur befristet seien.

Frau Gilles führte aus, dass es seit 2005 eine hohe Fluktuation im Jobcenter gebe. Zu Beginn seien mehr als 50 v.H. der Mitarbeiter festangestellte Kräfte der Kommunen gewesen. Dieser Wert sei nunmehr auf ca. 17 v.H. gesunken, einhergehend mit einem großen Verlust an Fachwissen. Nur durch Beschäftigungsmöglichkeiten über die Bundesagentur, aber vor auch über das in Trägerschaft des Kreises befindliche Technologiezentrum Glehn konnte die Besetzung der frei werdenden Stellen und damit die Leistungsfähigkeit sicher gestellt werden. In den letzten 8 Jahren habe die Bundesagentur ca. 160 Entfristungen freigegeben, auf die verdiente, langjährig befristet beschäftigte Mitarbeiter auf Dauer übernommen werden konnten.

Auf Nachfrage von Kreistagsmitglied Widdekind erklärte Frau Gilles, das Jobcenter habe in all den Jahren sehr viel in die gute Qualifizierung und Einarbeitung neuer Mitarbeiter investiert. Neben fachlichen Schulungen stünden dabei seit 2007 auch Kommunikationsschulungen auf dem Programm. Für den Leistungsbereich sei die Einarbeitung seit 2012 ausgelagert und in die Hand eines neu geschaffenen Übungsbüros gegeben.

4. Möglichkeiten der besseren Erreichbarkeit des Jobcenters Vorlage: 50/2520/XV/2013

Protokoll:

Ausschussvorsitzender Dr. Klose führte in die Thematik ein. Die interfraktionelle Arbeitsgruppe habe am 26.03.2013 getagt, jedoch kein übereinstimmendes Ergebnis erzielt. Der Sozial- und Gesundheitsausschuss des Kreistages habe keine direkte Zuständigkeit für eine Entscheidung, hierfür sei die Trägerversammlung zuständig. Inhaltlich seien parallel zwei Ziele zu erreichen: die Aufrechterhaltung der Arbeitsfähigkeit des Jobcenters sowie die Erfüllung des Beratungsbedarfs der Leistungsberechtigten.

Kreistagsmitglied Haag erinnerte an den Wunsch seiner Fraktion, dass es allen Beratungseinrichtungen der Wohlfahrtspflege ermöglicht werden solle, die Sachbearbeiter des Jobcenters unmittelbar ansprechen zu können.

Kreistagsmitglied Thiel führte aus, dass die Diskussion aufgrund eines Antrages seiner Fraktion geführt werde. Ziel des ursprünglichen Antrages sei es, dass die Vertreter des Kreises in der Trägerversammlung die dem Antrag zugrundeliegende Position vertreten sollen. Die nicht gegebene Erreichbarkeit der Sachbearbeiter führe zu Problemen bei den Leistungsberechtigten. In anderen Kommunen sei das Jobcenter in diesem Punkt besser aufgestellt.

Kreistagsmitglied Schmitz bat um Erläuterung, wie der Satz „Auch die Dauer der einzelnen Telefonate spreche für sich.“ auf Seite 67 der Erläuterungen zu interpretieren sei. Frau Gilles erklärte, dass sich viele Fragen der Leistungsberechtigten häufig erst während eines Telefonates ergeben würden. Diese würden fachkundig und kompetent über die Telefonserviceberater (TSB) geduldig und umfassend beantwortet. Eine zeitliche Höchstgrenze sei deshalb für das Servicecenter im SGB II nicht vorgesehen. Nach Ablauf von ca. 10 Minuten biete der Teamleiter im Servicecenter den TSB Hilfestellung an. Die durchschnittliche Dauer eines Telefonats bewege sich bei 7,5 Minuten. Da die Anliegen oft mehrere Fachbereiche umfassten, könne nur der TSB so umfassend die Auskunft anbieten. Ein Sachbearbeiter bzw. Vermittler könnte die Anliegen nur aus seinem Fachbereich beantworten.

Ausschussmitglied Boland berichtete, dass bei den Wohlfahrtsverbänden der Eindruck entstanden sei, nur den Mitarbeitern der flankierenden Dienste seien Anrufe bei den Sachbearbeitern gestattet. Die dort vorliegenden Telefonlisten seien jedoch auch nicht mehr aktuell. Frau Gilles entgegnete, dass jede Zusammenarbeitsbehörde und -stelle je nach Absprache die notwendigen Informationen erhalten habe und über Verantwortliche im Jobcenter die Güte und Qualität der Zusammenarbeit in besonderem Maße sicher gestellt sei. Eine Beschränkung nur auf flankierende Dienstleistungen gebe es nicht. Die vorliegenden Telefonlisten oder Postfächer würden aktualisiert und in den Verteiler gegeben. Im Vorfeld des Arbeitskreis, so Frau Gilles, hätten Nachfragen der Ansprechpartner des Jobcenters ergeben, dass die Weiterleitung bei den Zusammenarbeitsstellen nicht immer erfolge, sondern in einigen Fällen unterblieben sei.

Kreistagsmitglied Rosellen wies darauf hin, dass der weitaus größte Teil der Anfragen im Servicecenter zufriedenstellend beantwortet werde. Die Forderungen aus dem Antrag der Fraktion UWG/Die Aktive seien zu weitgehend.

Kreistagsmitglied Thiel sah eine Gefahr im Bekanntwerden der Telefonlisten der Sachbearbeiter, z.B. im Internet, wenn man organisatorisch nicht vorbereitet sei.

Die SPD lehne nach Aussage von Kreistagsmitglied Arndt eine Auflösung des Servicecenters ab, da dies zu einer Verschlechterung der Leistungserbringung im Jobcenter führen werde. Über Einzelheiten betreffend des Servicecenters könne man noch sprechen. Kreistagsmitglied Servos schlug ergänzend vor, z.B. an 2 Tagen pro Woche im Jobcenter Sprechzeiten einzuführen.

Es wurden für die Beschlussfassung folgende Anträge gestellt:

Kreistagsmitglied Thiel beantragte die Beschlussfassung über den Antrag seiner Fraktion ohne den dortigen Punkt 3 (Auflösung des Servicecenters).

Kreistagsmitglied Kresse beantragte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

1. Die Offenlegung der internen Mitarbeitertelefonverzeichnisse nur an die Beratungsstellen im Rhein-Kreis Neuss.
2. Die Einführung der Displayanzeige.
3. Die Einführung einer täglichen Sprechstunde.

Kreistagsmitglied Servos beantragte für die Fraktion der SPD als Änderung des Punktes 3 des Antrages der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Einführung einer Sprechstunde zweimal pro Woche.

SozGe/20130523/Ö4

Beschluss:

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Offenlegung der internen Mitarbeitertelefonverzeichnisse nur an die Beratungsstellen im Rhein-Kreis Neuss mehrheitlich ab.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der SPD auf Einführung von Sprechstunden zweimal pro Woche mehrheitlich ab.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Einführung von täglichen Sprechstunden mehrheitlich ab.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Einführung einer Displayanzeige mehrheitlich ab.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der UWG/Die Aktive auf Offenlegung der Mitarbeitertelefonverzeichnisse der Jobcenter im Rhein-Kreis Neuss und der sofortigen Einführung einer täglichen telefonischen Sprechstunde mit den Sachbearbeitern mehrheitlich ab.

4.1. Bericht über die Sitzung der interfraktionellen Arbeitsgruppe vom 26.03.2013

4.2. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.04.2013 und Antrag der Fraktion UWG/Die Aktive vom 08.05.2013

5. Gemeinsame Pflege- und Gesundheitskonferenz Vorlage: 53/2530/XV/2013

Protokoll:

Dezernent Mankowsky führte in die Thematik ein und erinnerte an die Aufgabenfelder der Gesundheits- und der Pflegekonferenz in den letzten Jahren. Da viele Themen der beiden Konferenzen miteinander korrespondierten und auch die Mitglieder zu einem großen Teil identisch seien, rege die Verwaltung an, die beiden Konferenzen zusammenzufassen. Es werde eine gemeinsame Geschäftsordnung erarbeitet, die dann im Kreistag vorgestellt werden könne. Geschäftsführerin der neuen Konferenz für Gesundheit, Pflege und Alter wird Frau Katharina Czudaj. Die Mitglieder des Sozial- und Gesundheitsausschusses unterstützen dieses Vorgehen der Verwaltung.

6. Kinder- und Jugendgesundheitsförderung im Rhein-Kreis Neuss - Sachstand und Ausblick Vorlage: IV/2534/XV/2013

Protokoll:

Frau Dr. Klapdor-Volmar stellte den Bericht zur Kinder- und Jugendgesundheitsförderung im Rhein-Kreis Neuss vor. Der Bericht liegt der Niederschrift bei.

Dezernent Mankowsky bat durch eine positive Beschlussfassung in der heutigen Sitzung um grundsätzliche Unterstützung für das Projekt. Hierdurch werde dazu beigetragen, dass der Rhein-Kreis Neuss im Bereich der Prävention in Deutschland mit führend bleibe.

Ausschussvorsitzender Dr. Klose erinnerte an die im November im Ausschuss geführte Diskussion. Die Meinungsbildung sollte nach damaliger Meinung bis zum Sommer erfolgen, was auch hinsichtlich der Arbeitsverträge der Mitarbeiter notwendig sei.

Kreistagsmitglied Dr. Ammermann lobte die gute Präsentation und signalisierte grundsätzliche Unterstützung für das Projekt. Bereits bewährte Elemente der Prävention würden durch das Projekt zu einer neuen Kette vereint. Er fragte an, ab wann das Projekt auf andere Stadtteile bzw. Kommunen übertragen werden könne. Frau Dr. Klapdor-Volmar erläuterte, dass dies nach Ablauf der 3-jährigen Pilotphase möglich sein könne.

Kreistagsmitglied Bartsch hob positiv hervor, dass die Kassen für eine Beteiligung gewonnen werden konnten. Seine Fraktion werde dem Projekt zustimmen.

Auf Nachfrage von Kreistagsmitglied Wienands erläuterte Frau Dr. Klapdor-Volmar, dass die Projektleitung an eine bereits beim Rhein-Kreis Neuss tätige Mitarbeiterin

übertragen werden solle.

Kreistagsmitglied Servos warb für die Entwicklung eines eigenen Moduls für eine Fortbildung in der U-3 Betreuung, damit auch Erzieherinnen und Erzieher über Weckhoven hinaus von dem Projekt profitieren könnten.

Kreistagsmitglied Schmitz fragte an, wie sich die Zahl der untergewichtigen Kinder und Jugendlichen entwickelt habe. Frau Dr. Klapdor-Volmar erläuterte, dass die Zahl grundsätzlich konstant sei, jedoch in einigen Städten eine Zunahme zu verzeichnen sei.

Auf Nachfrage von Kreistagsmitglied Bernards bestätigte Frau Dr. Klapdor-Volmar, dass die Jugendärzte in das Projekt eingebunden seien.

SozGe/20130523/Ö6

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die aufgeführten Erläuterungen zustimmend zur Kenntnis. Er empfiehlt die neue Konzeption „rundum gesund“ grundsätzlich ab dem 01.01.2014 als Programm der Kinder-/ Jugendgesundheitsförderung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

7. Bildungs- und Teilhabepaket einschließlich Schulsozialarbeit

7.1. Sachstand zur Umsetzung Vorlage: 50/2521/XV/2013

Protokoll:

Allgemeiner Vertreter Steinmetz verwies auf den vorliegenden Bericht. Im April 2013 habe man bei 39.294 Anträgen eine Zielerreichungsquote von 89 v.H. erreicht. Hierzu hätten die Schulsozialarbeiter einen sehr wichtigen Beitrag geleistet.

7.2. Vortrag der Projektleitung Schulsozialarbeit Vorlage: 50/2518/XV/2013

Protokoll:

Herr Jochen Stürznickel und Herr Andre Fitzner vom Technologiezentrum Glehn trugen zur Praxis der Schulsozialarbeit im Rhein-Kreis Neuss vor.

Kreistagsmitglied Widdekind dankte für den Vortrag. Die Erfolgszahlen belegten, dass das Land die Finanzierung für dieses Projekt aufrecht erhalten solle.

Auf Nachfrage von Kreistagsmitglied Thiel erläuterte Herr Stürznickel, dass die 10 Schulsozialarbeiter das im Vortrag angesprochene Ferienprogramm in Neuss, welches drei Wochen gedauert habe, im Wechsel unterstützt hätten. Veranstaltungen und Arbeitsgemeinschaften, die ein Angebot über das BuT hinaus darstellten, stünden für alle Schülerinnen und Schüler unentgeltlich offen. Die Internet-App sei in einer Testphase und solle später nur als Ergänzung für die üblichen Antragswege genutzt werden. Herr Fitzner ergänzte zu der Anfrage von Kreistagsmitglied Thiel, dass sich alle Anbieter von Nachhilfe in der Anbieterdatenbank des Kreises registrieren lassen könnten. Der Kreis prüfe die Fachlichkeit der einzelnen Anbieter vor der Veröffentlichung in dieser Datenbank.

Kreistagsmitglied Servos dankte für den Vortrag und fragte nach, wie die Schulsozialarbeiter mit dem Spannungsfeld bezüglich der Verschwiegenheitspflichten umgingen, wenn ihnen besondere Umstände im Einzelfall bekannt würden und ein Gespräch mit den Lehrern notwendig erscheine. Herr Stürznickel stellte klar, dass in solchen Fällen nach den Bestimmungen für Sozialarbeiter an Schulen eine enge Abstimmung mit der Schulleitung gesucht werde.

Beschluss:

8. Jungen in Soziale Berufe - Antrag der Fraktion der SPD vom 25.02.2013

Vorlage: 50/2540/XV/2013

Protokoll:

Ausschussvorsitzender Dr. Klose wies darauf hin, dass der Antrag im nächsten Schulausschuss beraten werde.

9. Entwicklung eines ganzheitlichen Konzeptes zur ambulanten Versorgung alter, kranker und/oder behinderter Menschen im Rhein-Kreis Neuss - Antrag der Fraktion der SPD vom 25.02.2013

Vorlage: 50/2541/XV/2013

Protokoll:

Allgemeiner Vertreter Steinmetz sagte zu, bis zur nächsten Sitzung eine vollständige Übersicht aller ambulanten Angebote unter Beteiligung der Verbände zu erarbeiten.

10. Mitteilungen

10.1. Sachstand Kommunales Integrationszentrum / Integrationskonzept

Protokoll:

Allgemeiner Vertreter Steinmetz berichtete, dass nach einem Gespräch mit dem Ministerium und der Bezirksregierung für den Rhein-Kreis Neuss nunmehr die Möglichkeit bestehe, einen Einrichtungs- bzw. Förderantrag zu stellen. Er sehe positive Signale hinsichtlich einer Bewilligung zum 01.08.2013.

10.2. Stellungnahme der Wohnberatungsagentur

Vorlage: 50/2542/XV/2013

Protokoll:

Kreistagsmitglied Thiel kritisierte die Stellungnahme der Wohnberatungsagentur als unbefriedigend. Die geringe Zahl an Kontakten könne niemals eine Mehrbelastung darstellen. Allgemeiner Vertreter Steinmetz stellte klar, dass die Arbeit der Wohnberatungsagentur nicht auf die Zahl der Kontakte reduziert werden könne und die Arbeit für den Aufbau der Agentur nach wie vor viel Zeit in Anspruch nehme. Zum Ende des Jahres müsse die Arbeit der Agentur erneut überprüft werden, auch hinsichtlich ihrer Fortsetzung.

Kreistagsmitglied Kresse fragte an, ob es durch die Verknüpfung von Wohnberatungsagentur und der Beratungsstelle über Hilfen im Alter zu einer Zweckentfremdung von Landesmitteln komme. Allgemeiner Vertreter Steinmetz entgegnete, dass die Wohnberatungsagentur durch einen Finanzierungsmix getragen werde, u.a. durch die Pflegekassen. Der Kreis habe hierdurch Haushaltsmittel einsparen können.

Kreistagsmitglied Bartsch bat um eine erneute Berichterstattung nach Ablauf des Jahres.

Ausschussvorsitzender Dr. Klose wies darauf hin, dass die Effizienz einer neuen Einrichtung nicht schon nach einigen Monaten bewertet werden könne.

10.3. Sachstand Grundsicherungsrelevanter Mietspiegel

Vorlage: 50/2515/XV/2013

Protokoll:

Sozialamtsleiter Henkel berichtete, dass die Ergebnisse der Mieterbefragung durch die Firma Analyse und Konzepte in der nächsten Sitzung vorgestellt werden könnten. Nach Änderung der Mietobergrenzen in 2011 seien in der Statistik 13 Umzüge erfasst wor-

den. Eine weitergehende Erfassung sei nicht vorgenommen worden, da nach dem Urteil des Bundessozialgerichtes zur Erhöhung der angemessenen Wohnflächen alle Fälle neu beschieden werden mussten. Es seien 100 Widersprüche eingelegt worden, denen in 20 Fällen stattgegeben wurde. Soweit Klagen eingereicht worden seien, hätte die Gerichte diese in 90 v.H. der Fälle als unbegründet zurückgewiesen.

Kreistagsmitglied Kresse äußerte die Vermutung, dass viele der Angeschriebenen in ihren Wohnungen verbleiben und die notwendigen Aufwendungen an anderer Stelle einsparen würden.

Kreistagsmitglied Arndt bat die Verwaltung um Vorlage einer Übersicht, wie sich die Mietobergrenzen zum jetzigen Stand verändern. Dies sei für die politische Betrachtung der Vorgänge transparenter.

11. Anfragen

11.1. Situation auf den Wohnungsmärkten im Rhein-Kreis Neuss- Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 06.02.2013 Vorlage: 50/2522/XV/2013

Protokoll:

Kreistagsmitglied Bartsch dankte der Verwaltung für die Vorlage und fragte an, ob die vorliegenden Daten zum sozialen Wohnungsbau im statistischen Jahrbuch erfasst werden könnten. Allgemeiner Vertreter Steinmetz sagte eine Prüfung zu.

Kreistagsmitglied Dr. Ammermann war der Auffassung, dass zunächst die Gründe für die Stagnation des sozialen Wohnungsbaus erfasst werden müssten, bevor über Möglichkeiten zur Gegensteuerung nachgedacht werde.

Kreistagsmitglied Bartsch wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass bei den niedrigen Zinsen am Kapitalmarkt die Inanspruchnahme von öffentlichen Zuschüssen nicht lukrativ sei, da diese mit inhaltlichen Auflagen verbunden würden. Nach einer neuen Regelung würden nun die Zuschüsse, welche zurückgezahlt werden müssten, 10 Jahre lang zinslos gewährt, was ggf. zu einer Verbesserung der Situation beitragen könne.

11.2. Kompetenzzentrum Frau und Beruf - Anfrage der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 19.03.2013
Vorlage: 50/2523/XV/2013

Protokoll:

Den Sachstandsbericht der Verwaltung kritisierte Kreistagsmitglied Haag als dürftig. Der Kreis Viersen habe erklärt, dass der Rhein-Kreis Neuss die weitere Entwicklung bremse. Daher sei zu befürchten, dass sich das Kompetenzzentrum im Rhein-Kreis Neuss nicht engagieren werde.

Allgemeiner Vertreter Steinmetz entgegnete, dass die Thematik bereits in sehr vielen Stellen, z.B. im Technologiezentrum Glehn, der Beschäftigungsfördergesellschaft oder im Jobcenter, in die tägliche Arbeit eingebunden sei. Daher sehe man keinen neuen Nutzen und wolle keine neuen, zusätzlichen Aufwendungen entstehen lassen.

11.3. Anfrage der SPD Kreistagsfraktion zum Besuchsdienst für Senioren
Vorlage: 50/2547/XV/2013

Protokoll:

Kreistagsmitglied Servos bedankte sich bei der Verwaltung für die ausführliche Beantwortung der Anfrage.

11.4. Anfrage der Fraktion der UWG/Die Aktive vom 12.05.2013 "Schwerbehindertenausweis im Checkkartenformat"
Vorlage: 50/2569/XV/2013

Protokoll:

Auf Nachfrage von Kreistagsmitglied Thiel führte Sozialamtsleiter Henkel aus, dass die Karten von der Kreisverwaltung ausgegeben würden.

11.5. Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.05.2013 "Bedarf für Unterkunft"
Vorlage: 50/2570/XV/2013

Protokoll:

Auf Nachfrage von Kreistagsmitglied Stein-Ulrich erläuterte Sozialamtsleiter Henkel, dass das Verfahren durch die Aufforderung der Verwaltung eröffnet werde und sich die angeschriebenen Personen dann zur Sache äußern können. Eine absolute Anwendung der BSG-Rechtsprechung erfolge nur in Neufällen.

Kreistagsmitglied Thiel bat um Auskunft, wie sich die Verwaltung verhalte, wenn die Rückkehr eines Kindes aufgrund einer noch ausstehenden Gerichtsentscheidung noch nicht feststehe. Martin Meisel vom Kreissozialamt erklärte, dass der Sachbearbeiter in diesem Fall die Möglichkeit habe, das Ende des gerichtlichen Verfahrens abzuwarten, bevor er entscheide.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Vorsitzende/r Dr. Hans-Ulrich Klose um 20:15 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.

Dr. Hans-Ulrich Klose
Vorsitz

Marcus Mertens
Schriftführung